



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

118. Sitzung (öffentlich)

2. November 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 17:05 Uhr

Vorsitz: Günter Garbrecht (SPD)

Protokoll: Simona Roeßgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Medikamentenversuche und Medikamentengabe in Einrichtungen der Behindertenhilfe, der Jugendhilfe und in Einrichtungen des Gesundheitswesens in NRW

5

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4400

- Bericht durch die v. Bodelschwingschen Stiftungen Bethel, Bielefeld
Prof. Dr. Günther Wienberg

Prof. Dr. Günther Wienberg (Bethel) und Ministerin Barbara Steffens (MGEPA) berichten und beantworten Fragen aus dem Ausschuss. – Der nächste Bericht durch das Ministerium wird mit Blick auf die Zusammenkunft am 25. November 2016 für die AGS-Ausschusssitzung am 7. Dezember 2016 erwartet.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017) **14**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12500

a) Einzelplan 11 – Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales
Vorlage 16/4206

Bericht der Landesregierung

b) Einzelplan 15 – Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter
Vorlage 16/4229
Vorlage 16/4352

Bericht der Landesregierung

– Schlussabstimmung

Der Ausschuss nimmt den Einzelplan 11 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten an.

Der Ausschuss nimmt den Einzelplan 15 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten an.

3 Erstes Gesetz zur Änderung des Alten- und Pflegegesetzes Nordrhein-Westfalen **15**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/12784

– abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss lehnt den Änderungsantrag der Fraktion der FDP (*siehe Anlage*) mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und Piraten ab.

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/12784 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen bei Enthaltung der Fraktionen von CDU, FDP und Piraten an.

4 Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesundheitsprävention und -förderung voranbringen – Benachteiligung von Jungen und Männern abbauen 17

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/12112

Ausschussprotokoll 16/1409

Der Ausschuss wertet die Anhörung aus.

5 Impfen schützt – Strategien zur Verbesserung des Impfschutzes in NRW 19

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/12111

Ausschussprotokoll 16/1404

Der Ausschuss wertet die Anhörung aus.

6 Biologisches Krebszentrum Bracht 22
– Bericht der Landesregierung

Ministerin Barbara Steffens (MGEPA) berichtet.

7 Stand der Verhandlungen zum Risikostrukturausgleich 23

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4386

Der Ausschuss nimmt den schriftlichen Bericht zur Kenntnis.

8 Bericht über den Wochenendarbeitseinsatz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mittels Werkvertrag bei der Firma „DURA Automotive“ 24

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/4383

– Kurze Diskussion 25

9 Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung 26

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/12363

Ausschussprotokoll 16/1458

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und Grünen Drucksache 16/12363 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und Piraten bei Enthaltung der Fraktion der CDU an.

10 Verschiedenes 28

- a) Vereinbarung zu Anhörungen
- b) Berliner Runde zur Zukunft der Pflege

* * *

9 Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/12363

Ausschussprotokoll 16/1458

Vorsitzender Günter Garbrecht erinnert daran, dass die abschließende Beratung zu diesem Gesetzentwurf auf Anregung des Kollegen Preuß zwecks Klärung noch offener Fragen verschoben worden sei.

Es sei nie zu spät, aber immer höchste Zeit, so **Marion Warden (SPD)**. Ihre Fraktion begrüße, dass mit § 27a des Gesetzentwurfs eine in den Kommunen schon lange geübte Praxis, nämlich die Einrichtung von Interessenvertretungen zum Beispiel für Senioren, junge Menschen oder Menschen mit Behinderung, endlich ihre Rechtsgrundlage finden solle.

Peter Preuß (CDU) möchte geklärt wissen, ob hierzu nun ein Änderungsantrag vorliege oder nicht.

Marion Warden (SPD) antwortet, es gebe den Wunsch, die Regelung um die mögliche Einrichtung von Jugendräten zu ergänzen.

Peter Preuß (CDU) hält es für schwierig, über einen nicht vorliegenden Änderungsantrag zu entscheiden, der Ende der Woche im federführenden Ausschuss für Kommunalpolitik abschließend beraten und abgestimmt werden solle.

Vorsitzender Günter Garbrecht merkt an, dieser Änderungsantrag betreffe zumindest nicht den Bereich, in dem der AGS-Ausschuss zur Mitberatung aufgerufen sei.

Peter Preuß (CDU) betont, über einen nicht vorliegenden Antrag könne man nicht abstimmen. Daher sollte der AGS-Ausschuss auf die Abgabe eines Votums verzichten.

Vorsitzender Günter Garbrecht meint, es sei durchaus üblich, dass der mitberatende Ausschuss über die Ursprungsfassung abstimme und der federführende Ausschuss noch Änderungen beschließe. Er gehe davon aus, dass die Koalitionsfraktionen ein Votum abgeben wollten, und lasse daher abstimmen.

Der Ausschuss nimmt den Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und Grünen Drucksache 16/12363 mit den Stimmen der

Fraktionen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und Piraten bei Enthaltung der Fraktion der CDU an.

Er werde dieses Votum dem federführenden Ausschuss für Kommunalpolitik mitteilen, so **Vorsitzender Günter Garbrecht**.